

Referenzen Nr.	Jahr	Verfasser	Zeitraum	Unterschied	Wahrheit
18742	1922	Adenauer	22.8.44	22.8.44	Wahrheit
Referenzen Nr.	Jahr	Verfasser	Zeitraum	Unterschied	Wahrheit

# Zur Diskussion steht ein Bonus für Lehrstellen-Anbieter

**JUGENDARBEITSLOSIGKEIT**/Sie gehört zu den wohl traurigsten Folgen der Rezession. Vornehmlich betroffen sind von der Arbeitslosigkeit vor allem wenig motivierte, wenig mobile und wenig begabte Jugendliche. Mit verschiedenen Massnahmen soll diese Situation korrigiert werden.



**Junge Stellen-suchende sollen profitieren: Mit rund 60 Millionen Franken unterstützt der Bund die Kantone in der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.**

**Mélanie Rietmann**

**G**emäss Hochrechnungen haben Mitte Februar 1998 in der Schweiz 7000 Lehrstellen gefehlt. Ein Jahr zuvor waren es 4400. Die wichtigsten Gründe dafür: Die Zahl der Schulabgänger ist weiter angestiegen. Zudem haben in den letzten Jahren immer mehr Jugendli-

che eine Zwischenlösung gesucht: sie sind jetzt, nach Absolvierung des Zwischenjahres, ebenfalls auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Und schliesslich haben – aufgrund der Aktivitäten zur Schaffung neuer Lehrstellen – viele Klein- und Mittelbetriebe Lehrverhältnisse angeboten, die eigentlich erst auf heuer geplant waren, also die zukünftigen Lehr-

linge schon früher eingestellt.

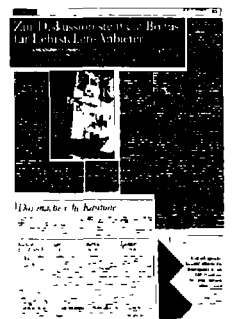
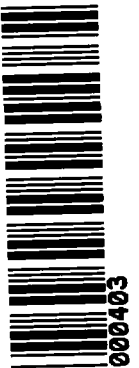
Alles in allem standen im Februar 1998 60000 Lehrstellen zur Verfügung; 40000 waren besetzt; 27000 Jugendliche suchten noch einen Ausbildungsplatz, was zu den eingangs erwähnten 7000 fehlenden Lehrstellen führt. Diese Zahlen sind trotz ihrer Härte, die sie verdeutlichen, allerdings mit Vorsicht zu geniessen.

## Wer nicht ausbildet, der bezahlt in einen Fonds

Für einmal sind sich die Gewerkschaften und ihre Ansprechpartner in der Wirtschaft einig: Die Jugendarbeitslosigkeit ist die schlimmste Form von Arbeitslosigkeit. Die Hitparade der Lösungsvorschläge wird von einem Bonus-Malus-System angeführt: dieses darf aber nicht verwechselt werden mit der Idee, an Lehrstellenanbieter monatlich einen festen Beitrag ohne Zweckbindung auszurichten. Die Bonus-Malus-Variante soll jene belohnen, die ausbilden, und jene «bestrafen», die davon profitieren, dass sie selber keine Lehrlinge beschäftigen.

Noch ist dieser Vorschlag erst im politischen Köcher. Und es dürfte auch schwierig sein, den

INFO-PARTNER



Betrag festzulegen, den ein Arbeitgeber zu bezahlen hat, der keine Lehrlinge ausbildet.

Ein Lösungsvorschlag ist allerdings zu favorisieren. Es müsste ein Fonds geäufnet werden, der jenen zugute kommt, welche die Mühen einer Lehrlingsbetreuung auf sich nehmen. «Eine zu niedrige Taxe erhöht die Gefahr, dass sich möglichst viele «freikaufen» wollen; ist sie zu hoch, werden Betriebe zwar mehr Lehrstellen anbieten, aber das könnte verheerende Auswirkungen auf die Qualität der Ausbildung haben», befürchtet Kurt Bodenmann, Chef des Amtes für Berufsbildung im Kanton St. Gallen. Zwei prominente Beispiele stützen seine Aussagen: Im Kanton Genf musste jeder Anbieter privater Arbeitsplätze pro Beschäftigten 15 Fr. in einen Fonds einzahlen. Damit sollten die Kosten für Einführungskurse und Lehrabschlussprüfungen finanziert werden. Was aber geschah? Der Kanton Genf hat eine der tiefsten Lehrlingszahlen im Verhältnis zur Bevölkerung.

Zweites Beispiel: Nordrhein-Westfalen. Dort wurden happige Beträge bis zu 3000 DM von Betrieben eingezogen, die nicht ausbildeten (es gab eine Abstufung nach Finanzkraft und Grösse); innerhalb von rund zwei Jahren ist der Lehrstellenmarkt beinahe kollabiert, mit der Konsequenz auch, dass längst nicht mehr alle Auszubildenden (in Deutschland der Begriff für Lehrling) die ihnen zustehende Ausbildung erhielten.

### Grundsätzlich eine ernstzunehmende Lösung

Tatsache bleibt jedoch, dass das Bonus-Malus-System angesichts des Auseinanderklaffens von Angebot und Nachfrage im Lehrstellenmarkt nicht in Bausch und Bogen verworfen werden sollte. Wobei Verantwortliche für die Berufsausbildung bereits beim Begriff «auseinanderklaffen» ein Fragezeichen setzen.

Das Manko hat eben auch da-

mit zu tun, dass es für immer mehr Jugendliche nicht mehr möglich ist, ihren Traumberuf zu erlernen – zumindest nicht in einer Direttissima. Gekoppelt ist dieses Problem mit der geografischen Verteilung. Rudolf Natsch, beim Bundesamt für Berufsbildung und Technologie unter anderem zuständig für Lehrlingsfragen, bringt es auf den Punkt: «Was nützt es einem Schulabgänger in Luzern, der gerne Elektroniker werden möchte, wenn in Illanz zwei Plätze für eine Bäckerlehre angeboten werden?»

Was das Problem mit den Schulabgängern in die Nähe der allgemeinen Arbeitslosigkeit rückt: Ein Teil davon – über die Höhe ist allerdings ein heftiger Streit entbrannt – könnte aus der Welt geschafft werden, wenn Bezüger von Arbeitslosenunterstützung entweder bereit wären, den Wohnort zu wechseln oder einen Job anzunehmen, der in ihren Augen «unter ihrer Würde liegt». Ähnlich verhält es sich bei den Lehrstellen: Übereinstimmend gaben alle Befragten zu, was Niklaus Gruntz, Chef des Amtes für Berufsbildung im Kanton Basel-Land bestätigt: «Immer weniger Jugendliche wollen einen Beruf erlernen, bei dem man schmutzig wird oder bei dem das Prestige in den letzten Jahren gelitten hat.» Um diesen Trend nicht weiter anzukurbeln, will er keine konkreten Beispiele nennen. Aber dafür gibt es Statistiken: Detailhandel, Bau-, Coiffeur- und Gastgewerbe sowie generell Berufe mit Wochenend- oder Nachtarbeitszeit gehören zu den geschmähten Ausbildungswegen. Auf der anderen Seite stehen jene Professionen hoch im Kurs, bei denen elektrotechnisches, elektronisches oder EDV-Wissen zählt. «Auch die kaufmännische Ausbildung hat – entgegen einigen Unkenrufen – nicht an Attraktivität verloren», stellt Gruntz fest.

### Wieso mit «Vorsicht genossen»?

Zu den harten Zahlen. Hier ist

eine differenzierte Betrachtungsweise angesagt: Wenn der sonst so präzise argumentierende

SGB-Gewerkschafter Serge Gaillard ein Lamento darüber anstimmt, dass innert weniger Jahre das Lehrstellenangebot von 180 000 auf 150 000 Ausbildungsplätze zurückgegangen sei, ist das unredlich. In die gleiche Zeitspanne fällt auch der Auftritt der geburtenschwachen Jahrgänge. Vielfach beruhen derartige Behauptungen auch auf Falschinterpretationen oder sie stützen sich auf Stichprobenerhebungen. Tatsache ist beispielsweise, dass keine Pflicht existiert, Lehrstellen zu melden. Und Tatsache ist ebenso, dass immer mehr Firmen dazu übergehen, entweder Ausbildungsplätze unter der Hand zu vergeben oder die potentiellen Lehrlinge direkt über Plakate anzusprechen, wie dies etwa Migros, Coop oder die PTT machen. Und schliesslich kommt hinzu, dass die Statistiken nur schwer vergleichbar sind: Wenn Schulabgänger einfach Lehrstellensuchenden gegenübergestellt werden, kann es nur schiefgehen. «Die Zahl der Jugendlichen, die weiterführende Schulen besuchen, hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen», stellt Natsch fest. «Zudem: Die Aussage gewisser Kreise, dass das Lehrstellenangebot 20% höher sein müsse als die Nachfrage, ist glatter Unfug. Das würde bedeuten, dass jede fünfte Lehrstelle letztlich unbesetzt bliebe», ärgert er sich.

### Bund steuert 60 Millionen Franken bei

Ausgehend von der Tatsache, dass – verglichen zum Gros der jungen Leute, die einen Lehrstellenplatz finden – die Zahl der Glücklosen sich auf eine ganz bestimmte Gruppe beschränkt, sind die meisten Kantone dazu übergegangen, diesen Jugendlichen direkt zu helfen.

Es ist allerdings erstaunlich, wie man sich teils scheut, den

wahren Sachverhalt beim Namen zu nennen. Gruntz wie alle Befragten sprechen von Lehrstellensuchenden mit «einem intellektuellen Defizit». Selbst Haymo Empl vom Projekt Lehrstellenmarketing im Kanton Zürich drückt sich vorsichtig aus. In Tat und Wahrheit handelt es sich

vorwiegend um Jugendliche, die zum Teil nicht der deutschen Sprache mächtig sind. Einzig der St.Galler Kurt Bodenmann spricht Klartext: Er redet von «Jugendlichen, denen gar nicht daran gelegen ist, eine Lehre durchzustehen. Sie haben früher einfach ein bisschen gejobbt oder

**Hilfsaufgaben angenommen.»** Durch die Rezession sind solche Stellen wegrationalisiert oder älteren Arbeitnehmern angeboten worden, die sonst keinen Platz mehr in den Betrieben gefunden hätten.